

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Beschäftigte der Stadt Dülmen.  
Sehr geehrte Stadtverordnete, sehr geehrte Damen und Herren.

Rückblickend ist es immer einfach zu sagen, wie es richtig gewesen wäre. Dennoch lassen Sie mich kurz erwähnen, dass wir genau vor dieser Situation, vor der wir jetzt stehen im letzten Jahr gewarnt haben. Nun ist sie da, die Haushaltssicherung.

Einige von uns haben eine Haushaltssicherung schon einmal mitgemacht, andere hingegen nicht. Wir als Politiker lernen gerade alle gemeinsam dazu. Nämlich Zurückhaltung auszuüben. Zurückhaltung in den eigenen Forderungen, aber auch in seinen ideologischen Ansichten zu priorisieren.

Dülmen hat sich in den letzten Jahren verändert. Verändert durch unsere Politik. Durch die Ausrichtung unseres Fokus auf die für die Gesellschaft relevanten Themen.

Sicherheit am und um den Arbeitsplatz, Naturschutz, Bildungslandschaft, Mobilität, Kultur, Digitalisierung und Transformation.

Dülmen ist eine großartige Stadt, in der man gut leben kann.

Doch nun wird diese Entwicklung abrupt ausgebremst.

Viele, der in den letzten Jahren überlegten Projekte müssen neu auf dem Prüfstand gestellt werden. Einige neue gute Ideen werden eventuell erst gar nicht zur Ansprache gebracht werden können. Bestandsprojekte verlangen an vielen Stellen ein neues Augenmerk.

In den vergangenen Wochen haben wir uns als SPD-Fraktion sehr intensiv mit dem Haushaltsbuch auseinandergesetzt. So wird es jede Fraktion für sich gemacht haben. Vorhergeschaltet waren drei Runden zu den sogenannten Konsolidierungsgesprächen. In diesen Gesprächen wurden Vorabpunkte für Einsparpotentiale andiskutiert, die dann in den Fraktionen ausdiskutiert werden konnten. Daher war die Einbringung des Haushalts an sich keine große Überraschung mehr.

Und hier hat der Bürgermeister mit dem Team der Verwaltung genau das gemacht, was wir als SPD-Fraktion bei der vorletzten Haushaltseinbringung eingefordert hatten. Er hat Einsparpotentiale benannt und priorisiert. Jeder Fachbereich wurde angehalten, nochmalig über seine Ausgaben zu gucken und zu planen. Dabei kam nun dieses Einsparpotenzial zu Stande.

Und auch wir als SPD-Fraktion haben diese Haushaltseinbringung mit geformt.

Mit diesem Haushalt stehen wir vor einer richtungsweisenden Entscheidung. Nämlich vor der Ausrichtung, die der Bürgermeister in seiner Rede angedeutet hat. Es wird für das Haushaltssicherungskonzept ein Horizont von zehn Jahren ins Auge gefasst. Zehn Jahre, in dem das Haushaltssicherungskonzept umgesetzt werden soll, um dann einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu können.



Und hier liegt ein Stückweit die Kritik an der Haushaltseinbringung des Bürgermeisters. Es fehlt eine klare Vision, wie dieses Haushaltssicherungskonzept funktionieren soll. Welche Schritte sind nicht nur in diesem Haushaltsentwurf zu gehen, welche sind in den nächsten 10 Jahre folgerichtig und notwendig?

Es gibt Pflichtaufgaben, die mit Einnahmen und Ausgaben verbunden sind, sowie aber auch freiwillige Leistungen, die lediglich von der Stadt Dülmen aufgebracht werden.

Und wenn man sich den Gesamthaushalt der Stadt betrachtet, macht der Teil der freiwilligen Leistungen vom Gesamthaushalt lediglich 5-10 % an Volumen aus. Soll dies der Bereich sein in dem gespart werden soll? Soll dies ausreichen, um das Finanzloch zu schließen?

Ist es doch genau der Bereich, in dem man von Dritten – wie der Stadt - viel Unterstützung benötigt und das vorrangig auch durch finanzielle Mittel. Gerade im Bereich der freiwilligen Leistungen ist unsere ehrenamtliche Struktur der Bevölkerung Dülmens verwurzelt. Und so tut es natürlich auch am meisten weh genau in diesen Bereichen Einsparungen ins Auge zu fassen. Wie gesagt, sie machen bis zu 10 % des Gesamthaushaltes aus aber spiegeln doch 100 % von uns als Mensch wider.

Wenn der Topf bei den freiwilligen Leistungen reduziert werden würde, müssen wir gemeinschaftlich darauf achten, dass bei der Verteilung der geringeren Masse keine Neid-Diskussion auftritt. Was wir uns nicht erlauben können, ist, dass wir uns in Verteilungskämpfen verstricken. Alle müssen den Gürtel enger schnallen, auch wenn es wehtut.

Die Gründe für das hohe Haushaltsdefizit werden vom Bürgermeister benannt auf drei Kriterien:

Die Flüchtlingskrise.

Die extrem gestiegenen Baukosten.

Sowie die gestiegenen Personalkosten durch Tarife und Transferleistungen.

Ich möchte auf diese Punkte kurz eingehen.

Der Zustand, dass wir uns gemeinsam dazu entschlossen haben, nach Deutschland geflüchteten Menschen zu helfen, steht außer Diskussion!

Hilfe bedeutet aber, dass Unterbringung und weitere Leistungen erbracht werden müssen, um hier ein menschengerechtes Leben führen zu können. Und genau die daraus resultierenden Kosten zwingen uns mitunter in die Knie.

Hier geben wir mit dem Bürgermeister recht. Es ist ein unerträglicher Zustand, unter denen die Kommunen in Deutschland aufgrund der Flüchtlingskrise zu leiden haben. Die Bereitschaft zu helfen, gerade von der Dülmener Bevölkerung ist groß. Und das war nicht nur zu spüren zu Beginn, sondern selbst heute noch, obwohl der Krieg in der Ukraine jetzt mittlerweile schon über zwei Jahre andauert. Ein Ende des unsäglichen Krieges ist nicht absehbar. Ich mag nicht daran denken, was passieren würde, wenn der Krieg zu Ungunsten der Ukrainerinnen und Ukrainer ausfallen würde.



Wie gesagt, wir helfen gern. Aber alles muss auch irgendwie finanzierbar sein. Der Weg über die zentrale Unterbringungseinrichtung ist lediglich eine kurze Etappe, in dem wir alle gemeinsam Luft holen können.

Ist uns doch eines heute sehr bewusst: Die Flüchtlingskrise ist keine temporär kurze Episode. Sie wird uns in den nächsten Jahrzehnten weiter begleiten.

Damit müssen wir uns als Gesellschaft nicht nur arrangieren, sondern geflüchtete Menschen sind Bestandteil unserer Gesellschaft. Dazu gehört es auch, dass sie vernünftig in diese integriert werden. Selbstverständlich ist eine Betreuung in den verschiedensten Bereichen aber der Schlüssel zu allem ist die Kommunikation, d.h. hier in dem Fall Sprachförderung. Daher stehen wir auch zum Konzept der Volkshochschule, die die Sprachkurse weiter ausbauen will. Die dadurch entstehenden Aufwände machen sich aber auf Dauer bezahlt.

Denn nicht nur, dass die Geflüchteten für sich und ihre Familien hier Schutz suchen, sie sind ein gewinnbringender Vorteil für unsere Gesellschaft. Gerade der Arbeitsmarkt hat davon schon profitiert und wird auch zukünftig noch mehr davon profitieren. Auch in Dülmen gibt es einen Fachkräfte- wie auch Arbeitskräftemangel und je besser wir es hinbekommen den geflüchteten Menschen nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig eine Perspektive bieten zu können, desto schneller erleben beide Seiten einen Mehrwert.

Unser dringender Appell an die Bundesregierung, wie aber auch Landesregierungen ist, Mechanismen zu schaffen, die die Kommunen von dieser finanziellen Belastung für Unterbringung und Integration der Geflüchteten befreien.

Solang dieser Zustand sich allerdings wie jetzt darstellt, werden wir auch in den nächsten Jahren mit starken Ausgaben für die Flüchtlingshilfe als Kommune zu rechnen haben. Hier eine verlässliche Aussage darüber zu treffen in welchem Rahmen diese ausfallen wird, wird nicht nur dem Kämmerer schwerfallen.

Als weiterer Punkt wird vom Bürgermeister genannt, dass die stark gestiegenen Baukosten viele geplante Projekte verteuern.

Diesen Fakt kann man nicht widerlegen. Das hat jeder von uns schon einmal mitbekommen, wenn man in der letzten Zeit seine vier Wände renovieren wollte. Von denen die beabsichtigen oder beabsichtigt haben, eine Immobilie zu erwerben, möchte ich erst gar nicht reden. Doch muss ich darüber reden, denn das ist existenziell für viele. Wenn ich diesen Wohnraum, den ich benötige, nicht mehr finanzieren kann, dann habe ich ein mächtiges Problem.

Wohnraum ist auch in Dülmen knapp, besonders bezahlbarer Wohnraum. Kleinere Wohnungen für Auszubildende und Studenten, Singles, kleine Familien, oder gar leidensgerecht die bezahlbar wären, sucht man meist vergebens. Zwar haben wir zurzeit in Dülmen in den ausgewiesenen Wohngebieten noch ausreichend freie Grundstücke, doch wenn diese durch die extrem stark gestiegenen Baukosten nicht bebaut werden, haben wir zwar geeignete Grundstücke, aber doch keine Immobilien darauf.



Die gestiegenen Zinsen sind daher nicht nur ein Thema für den Privatverbraucher und Investoren, sondern auch für die Stadt Dülmen. Wenn wir uns als Kommune entwickeln wollen, müssen wir auch in der Lage sein, bestimmte Ausgaben zu tätigen. Doch hier sagte mein Opa, immer: „Woher nehmen, wenn nicht stehlen?“

Eine neue Verschuldung scheidet grundsätzlich aus, insbesondere bei den gestiegenen Zinsen. Daher müssen wir jetzt darauf achten, dass wir auch nur mit dem Haushalten, was tatsächlich da ist.

Wir befinden uns zwar im Beginn einer Haushaltssicherung aber dennoch sagen wir als SPD ein klares „Ja“ zum Bau des Schulcampus und der PGS. Als Politiker gestalten wir die Zukunft. Das bedeutet jetzt, dass wir das Wesentliche auch mit wenig zur Verfügung stehenden Geld nicht vergessen dürfen. Dazu zählt für uns als SPD-Fraktion eindeutig unser Bildungssystem in Dülmen. Unserer Ansicht nach ist die Fertigstellung des Schulcampus, welcher mit 2032 beziffert wird, eigentlich schon viel zu spät. Eine Bauzeit von circa acht Jahren birgt immer ein unkalkulierbares Risiko. Dieses müssen wir aber eingehen, genauso wie für den Neubau der PGS.

Wir als SPD haben schon vor mehr als zehn Jahren darauf hingewiesen, dass wir etwas an der Gebäudestruktur der Dülmener Schulen machen müssen. Leider wurde hier durch andere Parteien mehr Wert darauf gelegt konservative Schulformen zu stärken als auf die Gebäudestrukturen in einer veränderten Schullandschaft mit einer neuen Generation von Kindern und Jugendlichen zu reagieren und planvoll zu gestalten. Nun haben wir die Situation, dass wir glücklicherweise den Bildungscampus fertigstellen werden. Doch bis dahin müssen die beiden darin aufgehenden Schulen weiter einzeln betrieben werden. Mit welchen Kosten dies verbunden sein wird, ist zurzeit nicht eindeutig. Sicher ist aber, dass es eine erhebliche Summe sein wird, allein diese beiden Gebäude in Stand zu halten.

In diesem Zusammenhang fehlt mir auch ein klares Signal der Verwaltung, wie es in den nächsten Jahren weitergehen soll im Hinblick auf die komplette Gebäudestrategie der Stadt Dülmen. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir vor knapp eineinhalb Jahren vor einer Investitionssumme standen, die noch bei circa 150-180 Millionen € lag um die Bestandsimmobilien auf Vordermann zu bringen beziehungsweise am Laufen zu halten. Durch die Haushaltssicherung wird dieses Kapitel uns als Politik in den nächsten Jahren mit Sicherheit oft beschäftigen. Wir brauchen einen Plan, denn dieser Haushaltsansatz gibt keinerlei richtungweisende Tendenz dazu. Lediglich der Verweis des Bürgermeisters sich von städtischen Gebäuden trennen zu wollen reicht da nicht aus. Wir bieten uns als SPD-Fraktion an, gemeinsam mit Ihnen allen an einer planvollen Gebäudestrategie unter den neuen Voraussetzungen zu arbeiten. Ich gehe davon aus, dass wir damit auch das leidige Thema der verstreuten Verwaltungsstandorte gelöst bekommen.

Als dritten Hauptpunkt für das hohe Haushaltsdefizit wurde von unserem Bürgermeister die aufgrund des Tarifabschlusses gestiegenen Personalkosten sowie auch die daraus resultierenden gestiegenen Transferleistungen angeführt.

Das uns der Krieg in der Ukraine so stark beeinflusst, damit hat keiner gerechnet. Die daraus erfolgten Konsequenzen hat jeder von uns gespürt. Insbesondere durch gestiegene Energiekosten, sowie aber auch die hohe Inflationsrate. Dies hat selbstverständlich dazu geführt, dass es bei vielen von uns im Geldbeutel enger wurde.

Und zum Glück gibt es Gewerkschaften, die auf solche Situationen mit den Arbeitgebern und Arbeitgeberverbänden, angemessen reagieren. Der für die Beschäftigten der Stadt Dülmen geschlossene Tarifvertrag war angemessen. Denen aber, die von diesem Tarifabschluss nun profitieren, ein schlechtes Gewissen einzureden, dass sie einen großen Beitrag dazu leisten, dass Dülmen in die Haushaltssicherung rutscht, ist in akzeptabel.

Von der Sache her, was die eigentliche Mehrbelastung angeht, mag der Bürgermeister mit seiner Aussage Recht haben. Aber sind es nicht gerade die, die eine Tarifsteigerungen erhalten, die hier den Laden aufrecht halten? Sind es nicht auch die, die nicht im Rathaus tätig sind, sondern auch die, die zum Beispiel in unseren Kitas arbeiten?

Und wenn man sich die Tarifabschlüsse in verschiedensten Branchen bundesweit angeschaut hätte, wäre ein solcher Tarifabschluss für die Verwaltung auch nicht überraschend gewesen.

Daher kann ich nur dazu auffordern, endlich damit aufzuhören, die Personalkosten als maßgeblichen Mitverursacher der Finanzkrise heranzuführen. Und ich kann mir eins auch sehr gut vorstellen, dass sich die zuständige Gewerkschaft von diesem Argument auch zukünftig nicht beeindruckt lassen wird und weitere Tariferhöhung verhandelt. Denn Tarifautonomie ist gelebte Demokratie, dieses Grundrecht darf man sich auch nicht schlecht reden lassen.

Lassen sie uns viel mehr darüber reden, wie wir den Weg der Transformation und Digitalisierung vorantreiben. Denn hier liegt mitunter der Schlüssel für effektiveres Einsetzen der vorhandenen Talente und Kompetenzen.

Die Stadt Dülmen nicht nur nach außen für die Bürgerinnen und Bürger digitaler zu gestalten.

Dabei die junge Generation da abzuholen, wo sie ist, ohne dabei die ältere Generation zu vergessen.

Und nach innen gerichtet verändert Digitalisierung auch die Arbeit in der Verwaltung. So soll Digitalisierung aber nicht dazu dienen Arbeitskräfte zu reduzieren, aber Arbeitsprozesse können für alle gewinnbringender gestaltet werden ohne weiteres Personal aufbauen zu müssen. Die dadurch zur Folge eintretende Entlastung der Beschäftigten steigert die Arbeitszufriedenheit bei steigender Effektivität.

Wenn man es richtig macht.

Ich bin mir aber sicher, dass der Personalrat mit dem Bürgermeister da im engen Kontakt ist und sie sich dieses Thema in den nächsten Monaten nochmals intensiv annehmen.

Ja. Wir müssen sparen.

Es gilt, kreative und zielgerichtete Lösungen zu finden, um mit dem wenigen Geld auszukommen. Wenn dies als Grundsatz gilt, dann muss man einfach seine Einnahmen- und Ausgabenseite gegenüberstellen. Und wie schon erwähnt, gibt es eben in dem Bereich von freiwilligen Leistungen einen gewissen Spielraum, den wir nicht nutzen möchten, aber nutzen müssen. Daher sagen wir als SPD auch „Ja“ zu der Erhöhung der Gebühren in der Stadtbücherei. Für den Einen mag es nur eine geringfügige Erhöhung sein. Für den Anderen kann die Erhöhung der Entgelte dazu



führen, die Stadtbücherei nicht mehr zu nutzen. Wir als SPD, weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir darauf achten müssen, besonders in wirtschaftlich prekären Situationen diese Menschen nicht auszugrenzen und den Zugang zu Bildung jederzeit zu ermöglichen. Das spielt einher mit der Kürzung von Zuschüssen von Busfahrten für die Schulen, mitunter auch zur Stadtbücherei. Das tut uns im Herzen weh doch sehen wir die Notwendigkeit der Einsparung in diesem Bereich als gegeben an.

Die Erhöhung der Hundesteuer ist aus unserer Sicht ein probates Mittel, auch wenn wir klar sagen, dass die Mehreinnahmen lediglich einen Tropfen auf dem heißen Stein darstellen.

Wir als SPD-Fraktion haben uns schon im vergangenen Jahr gegen die Erhöhung der Grundsteuer ausgesprochen. Die Begründung liegt maßgeblich in dem schon vorgesagten zu den erhöhten Energiekosten und weiteren Steigerungen der Lebenskosten. Und auch in diesem Jahr spielt eine solche Erhöhung für die SPD-Fraktion keine Rolle. Wo wir aber Möglichkeiten sehen, um auf der Einnahmenseite etwas zu verbessern ist bei der Gewerbesteuer. Hier sagen wir, dass eine moderate Erhöhung auch schon vor dem Kalenderjahr 2026 möglich ist. Warum warten?

Die Verluste, die wir schon durch die viel zu späte Vermarktung des Gewerbegebiets Nord zu verzeichnen haben, lassen sich eh kaum noch kompensieren. Wenn wir hier bei der Erhöhung der Gewerbesteuer jetzt auch wieder zwei Jahre warten, verlieren wir viel Zeit und Geld, um schneller aus der Haushaltssicherung wieder herauszukommen.

Da für 2025 durch die Reform der Grundsteuer im privaten Bereich von einer Verteuerung auszugehen ist, wird für den gewerblichen Bereich mit einer Entlastung gerechnet.

Daher ist eine Erhöhung der Gewerbesteuer im moderaten Maße, die sich an die konkurrierenden Gemeinden orientieren soll, geboten. Da jeder von uns seinen Haushalt planen muss, sagen wir als SPD-Fraktion für 2024 soll die Gewerbesteuer nicht angepasst werden. Dies soll Gewerbetreibenden Sicherheit in ihrer Planung für 2024 bieten. Aber für den Haushalt 2025 muss eine Erhöhung mit in den Haushalt einfließen.

Wir als SPD Fraktion Dülmen sehen aber trotz der herausragenden Situation viel positives für die Zukunft.

Versuchen Sie sich vorzustellen, wie die nächsten zehn Jahre verlaufen könnten. Am 1. Februar 2024 hat der Bürgermeister sein Haushaltssicherungskonzept vorgestellt und das Ziel herausgegeben, im Jahre 2034 einen ausgeglichenen Haushalt zu haben.

An diesem Tag sind Max und Alex geboren. Der Geburtsort ist leider nicht Dülmen, sondern Coesfeld. Aber dennoch kommen sie nach ein paar Tagen in ihre Heimat. Die Eltern sind beide in Dülmen bei unterschiedlichen Arbeitgebern beschäftigt, die trotz der Anhebung der Gewerbesteuer nicht aus Dülmen weggezogen sind, sondern sich zu ihrem Standort bekannt haben. Aufgrund der guten Arbeitsbedingungen bei ihren Arbeitgebern haben sich die Eltern die Elternzeit geteilt und die frühkindliche Erziehung in den ersten drei Jahren selbst übernommen. Max und Alex kommen mit



drei Jahren in die elternbeitragsfreie Kindertagesstätte, die nicht nur mit Erzieher\*innen ausgestattet ist, die von sich aus schon freundliche und zufriedene Menschen sind, sondern sie haben durch eine vernünftige Entwicklung ihrer Arbeitsentgelte auch endlich eines, von dem sie vernünftig leben können.

Mit sechs Jahren sind Max und Alex mitunter die ersten Kinder, die in die neue PGS einziehen. Noch haben sie diese tolle neue Schule für sich fast ganz allein. Doch das wird sich in der nächsten Zeit ändern.

Im Rahmen des Fahrradtrainings lernen Max und Alex auch das Radwegenetz in Dülmen kennen und erleben auf fast jeder Straße die Vorzüge einer Fahrradstraße.

Der Schwimmunterricht im düb ist mit dem Fahrrad oder zu Fuß durch die Unterführung an der Stollbergstraße nun noch schneller und sicherer für sie zu erreichen. Die Eltern freuen sich darüber, dass es dort auch bald einen Bahnhofspunkt „Dülmen-Wildpark“ geben wird.

Bei einem Besuch der Feuerwache in Dülmen an der Nordlandwehr sehen sie nicht nur neue großartige neue Fahrzeuge, sondern auch viele motivierte Kameradinnen und Kameraden, die ihnen ihren Beruf erklären. Sicherlich ist in der Vergangenheit das ein oder andere nicht direkt angeschafft worden oder nicht jedes Gerätehaus ist so schnell fertig gestellt worden, wie man sich das vorstellen möge, das ehrenamtliche Engagement hat nicht gelitten.

Nach der Grundschulzeit wechseln Max und Alex auf den Schulcampus. Wir schreiben das Jahr 2034. Welche Schulform Max und Alex sich aussuchen, lass ich jetzt mal offen. Denn auch in zehn Jahren hat sich in Dülmen schulpolitisch viel getan. Darüber reden Max und Alex oft mit ihren Großeltern, die sie mit dem Fahrrad über den Weg der Fußgänger- und Fahrradbrücke am Bahnhof im Dernekamp besuchen.

Dülmen ist durch die getroffenen Maßnahmen der letzten zehn Jahren einen harten Kurs gegangen.

Wir als SPD-Fraktion sind der Überzeugung, dass wir das gemeinsam schaffen.

Alles ist möglich, aber nicht zu jedem Preis.

Andreas Bier

Fraktionsvorsitzender der SPD Dülmen

